



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Schreibleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhofs (A) 3600-3665, Fernverkehr Dönhofs 3686-3698. Telegramme: Ullrichhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Belegpreis monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgebühr. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz., mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] • Nr 311

SONNABEND, 1. JULI 1933

MORGEN-AUSGABE

Hindenburg zur Kirchenfrage

Ein Schreiben an den Reichskanzler

Reichspräsident von Hindenburg hat an Reichskanzler Hitler in der Frage der Auseinanderberückung in der evangelischen Kirche folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Reichskanzler! Die Auseinanderberückung in der evangelischen Kirche und die Gegenläufe, die zwischen der preussischen Staatsregierung und der Leitung der preussisch-evangelischen Landeskirchen entstanden sind, erfüllen mich als evangelischen Christen wie als Oberhaupt des Reichs mit enger Sorge. Insbesondere, an mich gerichtete Telegramme und Zuschriften bekräftigen mir, daß die deutschen evangelischen Christen durch diese Auseinanderberückung und durch die Sorge um die innere Freiheit der Kirche außer tiefste Besorgnis sind. Aus einer Fortdauer oder gar einer Verschärfung dieses Zustandes muß schwerer Schaden für Volk und Vaterland erwachsen und die nationale Einheit leiden. Vor Gott und meinem Gewissen fühle ich mich daher verpflichtet, alles zu tun, um solchen Schaden abzumenden.“

„Als meiner größten Besorgnisgegenstand sieht Fragen mit Ihnen mich ich, daß Sie, Herr Reichskanzler, diesen Sorgen vollstes Entgegengehen entgegenbringen und bereit sind, auch Übertritts zur Überbrückung der Gegensätze mitzubieten. Deshalb habe ich die Überzeugung, daß es Ihrer Insaamsinnigkeit Wohlgefallen werden wird, über Verhandlungen sowohl mit den Vertretern der beiden in Widerspruch befindlichen Richtungen der evangelischen Kirche als auch mit den Vertretern der preussischen Landeskirchen und den Organen der preussischen Regierung den Frieden in der evangelischen Kirche wiederherzustellen und auf dieser Grundlage die angebotene Einigung der verschiedenen Landeskirchen herbeizuführen.“

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr Ergebenster
von Hindenburg.“
Reichskanzler Hitler hat den Reichsminister des Innern, Dr. Frick, bereits beauftragt, Verhandlungen im Sinne

des vorstehenden Schreibens des Herrn Reichspräsidenten einzuleiten.

Dieses Schreiben des Reichspräsidenten wird vom ganzen deutschen Kirchenvolk ohne Unterchied der Richtung als ein beherauschender Schritt zur Klärung der kirchenpolitischen Lage begrüßt werden. Denn es gibt die Gewissheit, daß an den verantwortlichen Stellen des Reiches volle Einmütigkeit besteht, den notwendigen Umbau der Kirche nach ihrer eigenen Wesensart und im Ausgange aller geistlichen Erörterungen zu vollziehen.

Aufruf Wehrkreispfarrers Müller

Wehrkreispfarrer Müller veröffentlicht folgenden Aufruf: „Die Not in Kirche und Volk ist so groß geworden, daß ich aus der Verantwortung meines Amtes die Führung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes übernehmen habe. Pflicht und Aufgabe ist es mir, die Einigkeit und Freiheit der evangelischen Kirche so schnell wie möglich wiederherzustellen. Ich bitte alle evangelischen Christen um ihre Fürbitte, und alle Verurteilten, insbesondere die Führer der Kirchen bitte ich um ihre Mitarbeit. Unser Herr und Selbsterlender und uns, daß wir in Liebe und Vertrauen den Neubau der Kirche ausführen.“

Die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche soll und muß jetzt in kürzester Frist aufgestellt sein. Dann soll das Kirchenamt sein. Zu sprechen und ich kann zum Führer gehen und ihm sagen, daß die Deutsche Evangelische Kirche bereit ist zum Dienst an Volk und Vaterland in Gehorsam gegen das Evangelium. So erreichen wir, was wir alle erkennen, wie es der Ruf der Stunde von uns verlangt. Gott helfe uns allen!

Transfer-Einigung

Um die Auswirkungen des heute in Kraft tretenden Transfer-Aufschlusses für die ausländischen Gläubiger Deutschlands soweit wie möglich zu mildern, nimmt die Reichsbank in Aussicht, die Zinsen der Auslandskredite zu 50 v. H. zu transfrieren. Die andere Hälfte und die Tilgungsbeträge müssen die Schuldner in die Konversionskasse einzahlen. Ueber die Einzelheiten berichten wir im Handelsteil.

Die Reichsregierung hat sich zu einer wesentlichen Milderung der im übrigen heute in Kraft tretenden Devisenpolitik entschlossen und damit ein Zeichen ihres guten Willens gegeben, das im Ausland die verdiente Anerkennung finden sollte. Man erinnere sich, daß die Notenbank vor etwa drei Wochen die Erklärung abgab, sie könne um 1. Juli an für den deutschen Schuldendienst keine Devisen mehr zur Verfügung stellen, ausgenommen allerdings die Geschäftserfüllungen und die Zahlungen im laufenden Kredit- und Handelsverkehr. Zwar sollten die Schuldner die fälligen Zins- und Tilgungsbeträge weiterzahlen, aber in eine Konversionskasse, wo sie als Sperrkapital im Interesse der Gläubiger verwahrt werden sollten. Durch ein Gesetz vom 9. Juni wurden die deutschen Streiknehmer zu dieser Form der Zahlung verpflichtet. Allerdings haben Reichsbank und Regierung mit der angelegten Transfer-Regelung nun vorherberein nur einen Rahmen geschaffen wollen: die tatsächliche Durchführung des Transfer-Aufschlusses sollte auf Grund von Verhandlungen und Vereinbarungen mit Vertretern der Gläubiger erfolgen, mit anderen Worten, man wollte nicht ein Moratorium, sondern eine Einigung, welche nicht eine einseitige, sondern eine verträgliche Regelung.

Die Verhandlungen, die zu diesem Ziel führen sollten und geführt haben, begannen bereits wenige Tage nach dem Erlaß des Gesetzes. Das fünfjährige Stadium hat voraussichtlich in den kommenden sechs Monaten eingehenden Devisen und unter der Voraussetzung einer ungeführten Landesentwicklung wie es in dem im Handelsteil abgedruckten Kommuniqué der Reichsbank heißt, hat sich nun die Reichsbank entschlossen, einen 50prozentigen Verzinsung zu bewilligen. Dieser Satz geht über die in den letzten Tagen veröffentlichten Schätzungen (rund 30 Prozent) erheblich hinaus, was in der Tat zur Folge hat, daß die auch von den Gläubigern anerkannte Notwendigkeit, den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank anzureichern, wenn überhaupt, dann nur in äußerst bescheidenem Umfang und sehr langsam Erfüllung finden wird. Sinau kommt, daß die Zinsen für die Dawes- und die Young-Anleihe in voller Höhe und für die Dawes-Anleihe außerdem die Tilgungsbeträge in Transferform zu zahlen werden. Das ist jedoch ein außerordentlich Garantien ausgesetzten internationalen Anleihen eine Vorzugsbehandlung erfahren werden, bezogen, wenn sie schon in unserer Erläuterung zur ersten Transfer-Entscheidung als wünschenswert und nannten es zweckmäßig, denn wie sollen künftig internationale Anleihen ausgesetzt werden, wenn Anleihen wie die deutschen von 1924 und 1930 nicht mehr? Unter diesen Gesichtspunkten hat sich jetzt auch Österreich und Ungarn ihre international garantierten Vorkriegsanleihen vom Moratorium ausgenommen.

Die Reichsbank betont, daß sie die Teiltransfrierung unter der Voraussetzung in Aussicht nimmt, daß die normale Entwicklung des deutschen Außenhandels von keiner Seite durch Eingriffe behindert wird. Der deutsche Ausfuhrsaldo hat sich in den letzten Monaten zu Hause angelesen, als man auf Grund der ersten Monate des Jahres annehmen mußte. Er stellte sich im Januar und Februar auf einstmals 40 Millionen Reichsmark, in den beiden folgenden Monaten auf 61 und 64 Millionen und im Januar auf 89 Millionen, eine Zahl, die genau dem Monatsüberschub des vorigen Jahres entspricht. Trotzdem steigt ein Ausfuhrsaldo in dieser Höhe — auch unter Berücksichtigung des Mittlums der unrichtigsten Handelsbilanz, vermutlich 450 Millionen im Maximum — nicht ohne Gefahr und Aufwand einstmals 40 Millionen dieses Jahres in Devisen zu verzeichnen. Zudem muß trotz aller Bemühungen der Weltwirtschaftskonferenz befristet werden, daß sich der Wettbewerb auf den Weltmärkten immer schwieriger gestaltet — man denke nur an den Waport, den die Länder mit sich entwerfender Ballast gegenwärtig haben — und daß andererseits der Devisenbedarf für die Einfuhr von Rohstoffen und die Befreiung der internationalen Abhilfe, auf deren Bezug die deutsche Industrie angewiesen ist, immens stark anzuheben. Unter diesen Umständen wurde es, wie es in dem Kommuniqué der Reichsbank heißt, bei den Verhandlungen in London „allgemein anerkannt, daß es notwendig ist, den deutschen Warenexport mit allen Mitteln zu fördern, da nur auf diese Weise auf eine Wiederengleichung des Transfers in vollem Umfang

Hitler aus Mendel zurück

Schmitt und Darré Preußenminister — Posse Staatssekretär

Reichskanzler Hitler ist gestern aus Mendel wieder in Berlin angekommen. Am Nachmittag fand eine Ministerversammlung statt, an der die neuernannten Reichsminister Dr. Schmitt und Dr. Darré teilnahmen, ebenso zum ersten Male der stellvertretende Parteiführer der NSDAP, Frick.

Am 1. Juli wird über die Ministerberufung folgendes mitgeteilt: In der Ministerversammlung am Freitagabend wurde begrüßt der Reichskanzler zunächst die neuernannten Minister und den stellvertretenden Parteiführer der NSDAP, Frick. Der Reichskanzler sprach sodann sein Bedauern über den Rücktritt des bisherigen Reichswirtschafts- und Ernährungsministers Dr. Siegenberg aus, dessen wertvolles Wirken in der deutschen Volkswirtschaft und insbesondere im Reichsbankdienst er noch in einem Schreiben zum Ausdruck bringen werde. Der Reichskanzler berichtigte dann über seinen Wunsch, den Reichswirtschaftsminister in Mendel und hob hervor, daß er besonders erfreut gewesen sei über die Freische und das gute Befinden des Reichspräsidenten, der dem Reichskanzler die besten Wünsche und Wünsche übermitteln ließ.

Der preussische Ministerpräsident Brüning teilte mit, daß auf seinen Vorschlag zum Reichskanzler als Reichskanzler für Preußen der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt zum preussischen Minister für Wirtschaft und Arbeit und der Ernährungsminister Darré zum preussischen Landwirtschaftsminister ernannt worden sind. Das Reichskanzler genehmigte die Ernennung des Diplomingenieurs Gottfried Feder zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium und erklärte sich damit einverstanden, daß der bisherige Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Dr. Posse zum 2. Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagen wird.

Reichspräsident Dr. Schacht berichtete schließlich über die am Sonntag in Kraft tretende Regelung des Zinnsatzes der Zinsen und Amortisation der ausländischen Gläubiger, wie sie auf Grund der Londoner Verhandlungen mit dem Auslands-Gläubigern nunmehr stattfindet. Das Reichskanzler billigte die

Vorschläge des Reichsbankpräsidenten und der Reichskanzler dankte Dr. Schmitt im Namen des Reichskanzlers für seine unermüdlichen Bemühungen, der vorliegenden Schwierigkeiten Herr zu werden.

Staatssekretär Willkens

Auf seine Taugungsgarantien Kaufschreiber der NSDAP in Berlin teilte Minister Darré mit, daß er den Landbauangeordneten Bode zum Kommissar f. B. im Reichsernährungsministerium ernannt habe. In Preußen ist die Frage des Landwirtschaftsministeriums so gelöst worden, daß Reichsminister Darré zum Ministerpräsident Goering zum preussischen Landwirtschaftsminister ernannt ist. Die Geschäfte des Ministeriums teilte Willkens, der zum preussischen Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannt wurde.

Weiterhin sprach Minister Darré über die Reorganisation des deutschen Bauernhandels, die jetzt beabsichtigt sind in den Völkern und Provinzen organisch bis zum vollständigen Neuaufbau durchgeführt werden soll.

Der Reichskanzler hat den Reichsminister a. D. Dr. Siegenberg nunmehr von seinem Amt als Kommissar des Reichs für das Preussische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und das Preussische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit zurückgezogen. Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Einsetzung von Reichsministern in Preußen ist damit hinfällig geworden. Siehe auch zweite Seite

Flagge der „Rube“ gefunden

Im Fehmarn-Beck haben zum Verbot des Anbietenstellung des neuen Segelbootclubs der Reichsmarine „Rube“ noch ein früher die Vaterflagge des „Hilfsbootclubs“ „Rube“ gefunden. Die Flagge wurde an die Marineleitung des Reichs in Kiel abgeliefert.

20 29 16 20